

Die deutsche Wiedervereinigung als Lebenswerk

Helmut Kohl, 16 Jahre lang in einer entscheidenden Phase der europäischen Geschichte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, ist am Freitag im Alter von 87 Jahren gestorben. Zuletzt lebte er schwerkrank und zurückgezogen.

Birgit Baumann aus Berlin

Die Einsicht kam erst, als er schon Altkanzler war. „Es steht außer Frage, dass wir auf diesem Weg auch Fehler gemacht haben“, sagte Helmut Kohl im November 2007. Ein bemerkenswerter Satz, ging es in diesem Gespräch doch um sein Lebenswerk, die Deutsche Einheit. Und Fehler mochte Kohl, „der Kanzler der Einheit“, der Deutschland 16 Jahre lang regierte und die CDU 25 Jahre lang führte, immer weniger eingestehen, je älter er wurde. Oft wurde er dafür verlacht, aber Kohl, geboren am 3. April 1930 in Ludwigshafen, focht das nicht an.

Spott und Hohn musste er schon zu Beginn seiner Karriere ertragen. Zunächst, 1971, als er im Machtkampf um den CDU-Vorsitz gegen Rainer Barzel unterlag. Erst zwei Jahre später klappte es mit dem Parteivorsitz, Kohl wurde zudem Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. 1976 kandidierte der Oggersheimer zum ersten von sechs Malen als Kanzlerkandidat. Zwar wurde die CDU stärkste Fraktion, aber es gelang ihr nicht, die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt (SPD) abzulösen. Also zog Kohl als Oppositionsführer nach Bonn. Erst 1982 schaffte er es, Schmidt mit einem konstruktiven Misstrauensvotum aus dem Amt zu drängen. Fortan regierte die CDU mit der FDP, nachdem Kohl die „geistig-moralische Wende“ ausgerufen hatte.

Dass es 16 lange Jahre werden, dachte anfangs kaum einer. „Birne“ wurde Kohl genannt und als Provinzler, der sich auf internationalem Parkett nicht bewegen könne, verspottet. Doch in den ersten vier Jahren verzeichnete Deutschland ständiges Wirtschaftswachstum, die erste Stufe der Steuerreform brachte Entlastungen für Familien. Auch außenpolitisch gewann Kohl an Statur. Unvergessen ist, wie Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand 1984 auf dem Schlachtfeld von Verdun Hand in Hand der Kriegstoten gedachten. Überhaupt setzte er stark auf die deutsch-französische Achse – stärker als sein Nachfolger Gerhard Schröder (SPD).

Deutsche Einheit

Sein Meisterstück jedoch bleibt die deutsche Wiedervereinigung – wengleich die Historiker immer noch uneinig sind, wie groß Kohls Anteil war. Klar ist: Er hat die Chance beherzt ergriffen, als das Fenster dank Michail Gorbatschow offen stand, und wollte auch von Anfang an eine bedingungslose Wiedervereinigung, kein zweites Deutschland. „Ich habe nichts Besseres, als auf die deutsche Einheit stolz zu sein“, sagte er über sein Lebenswerk.

Danach erreichte Kohls Popularität ihren Höhepunkt. Der Bundestag beschloss 1991, dass Berlin wieder deutsche Hauptstadt werden sollte, Kohl ließ ein monumentales Kanzleramt bauen, in dem er aber nicht mehr residieren sollte.



Ein Bild, das um die Welt ging: Helmut Kohl und François Mitterrand gedenken am 22. September 1984 in Verdun der Kriegstoten.

Innenpolitisch jedoch wuchs die Unzufriedenheit in den 1990er-Jahren stetig, ebenso die Arbeitslosigkeit. Die „blühenden Landschaften“, die Kohl den Ostdeutschen versprochen hatte, wollten nicht und nicht entstehen. „Die Rente ist sicher“, ließ Kohl seinen Arbeitsminister Norbert Blüm verkünden und schob die Pensionsreform ebenso auf die lange Bank wie die Steuerreform. Legendar seine Begründung für viele politische Beratungen und Sitzungen, die oft ohne Ergebnissen: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“

Ihm waren die Hände aber auch durch die Sozialdemokraten gebunden, die viele Reformen im Bundesrat blockierten. Vier Millionen Arbeitslose verzeichnete Deutschland 1994, der höchste Stand seit Kriegsende. Der bodenständige Kohl, der am liebsten Pfälzer Saumagen aß und am Wolfgangsee in St. Gilgen urlaubte, verordnete den Deutschen ein Sparpaket. Zu Deutschlands Lage meinte er: „Die deutsche Wirtschaft ist nicht schlechter geworden. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass andere besser geworden sind.“

In den folgenden Jahren machte er CDU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble zu seinem Kronprinzen, doch bei der Bundestagswahl 1998 wollte er es noch einmal wissen und trat selbst als Spitzenkandidat an. Die CDU verlor, Schröder wurde Kanzler. Seinen Nimbus als verdienter Altkanzler zerstörte Kohl ab 2000 jedoch selbst, als bekannt wurde, dass er während seiner Kanzlerschaft rund zwei Millionen D-Mark (rund eine Million Euro) Spendengelder ohne Quittung erhalten hatte. Bis zuletzt weigerte sich Kohl, die Namen der Spender zu nennen, da er ihnen sein „Ehrenwort“ gegeben hatte, und erklärte: „Ich kämpfe um meine Ehre. Dazu gehört, dass ich mein gegebenes Wort halte.“

Loslösen vom „Übervater“

Diese Halsstarrigkeit erleichterte es der CDU unter Führung von Angela Merkel, sich vom „Übervater“ zu lösen. Kohl zog sich nach der Spendenaffäre verbittert zurück und schrieb seine dreiteiligen Memoiren. Erst in den vergangenen Jahren besserte sich das Verhältnis zu Merkel, seinem ehemaligen ostdeutschen „Mädchen“, wieder.

2001 erlitt Kohl einen schweren privaten Schicksalsschlag. Seine Frau Hannelore nahm sich wegen unerträglicher Schmerzen infolge einer Lichtallergie das Leben. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte Kohl mit seiner 35 Jahre jüngeren Lebensgefährtin Maika Richter. Er heiratete sie im Mai 2008 in einer Heidelberger Rehaklinik. Sie pflegte den schwerkranken Kohl in seiner letzten Zeit, schottete ihn aber auch weitgehend von der Öffentlichkeit und seinen alten Freunden ab.

Am Freitag verstarb Kohl im Alter von 87 Jahren.

Trump macht Obamas Vereinbarung mit Kuba rückgängig

Washington – US-Präsident Donald Trump hat eine Abkehr von der Kuba-Politik seines Vorgängers Barack Obama verkündet. Er werde die „einseitigen“ Vereinbarungen mit Havanna aufkündigen, sagte Trump am Freitag in einer Rede vor Exil-Kubanern in Miami. Von der Öffnung gegenüber dem kommunistischen Inselstaat habe nur das Regime profitiert. Er stellte ein „besseres“ Abkommen in Aussicht. Ganz mit Obamas Entspannungspolitik brach Trump jedoch nicht. So will er die unter seinem Vorgänger eröffnete US-Botschaft in Havanna offen halten.

Außerdem sollen US-Amerikaner weiterhin unter bestimmten Bedingungen nach Kuba reisen können. Die Regierung schiebt aber Individualreisen einen Riegel vor. Trump rief Kuba auf, politische Gefangene freizulassen. Nur dann werde es eine Lockerung des seit fünf Jahrzehnten bestehenden Wirtschaftsembargos geben.

Kushner im Fokus

FBI-Sonderermittler Robert Mueller nimmt sich indes in der Russland-Affäre nach Donald Trump auch Jared Kushner vor, den Berater und Schwiegersohn des US-Präsidenten. Wie die *Washington Post* berichtete, werden Kushners finanzielle und geschäftliche Beziehungen zu Kreisen in Moskau gecheckt. Nach Trump beauftragte auch sein Stellvertreter Mike Pence einen persönlichen Anwalt damit, ihn bei den Ermittlungen zur Russland-Affäre juristisch zu vertreten. (APA, Reuters)

SCHWERPUNKT
US-Präsident Trump unter Druck

Sollte der US-Präsident gedacht haben, mit der Kündigung von FBI-Direktor Comey die Ermittlungen in der Russland-Causa gestoppt zu haben, so irrt er: Sogar eine Amtsenthebung Trumps erscheint möglich.

FRAGE & ANTWORT: Frank Herrmann aus Washington

Frage: Was geht einem Amtsenthebungsverfahren voraus?

Antwort: Es ist ein langwieriger Prozess, beginnend mit einer Untersuchung des Justizministeriums, des Kongresses oder eines Sonderermittlers. Sind genügend Beweise gesammelt, wird das Repräsentantenhaus informiert. Allein die größere der beiden Parlamentskammern kann darüber befinden, ob ein Impeachment-Verfahren eingeleitet wird. Nach dem Willen der US-Gründerväter soll das Prozedere garantieren, dass es eine politische Entscheidung ist und keine juristische.

Frage: An welchem Punkt sind wir im Fall von Donald Trump?

Antwort: Sonderermittler Robert Mueller nimmt wegen des Verdachts auf Behinderung der Justiz auch den Präsidenten persönlich ins Visier. Das ist eine wichtige Zäsur. Als Trump FBI-Direktor James Comey feuerte, hatte dieser die Vermutung, dass Wahlkampfberater des Kandidaten geheime Absprachen mit dem Kreml trafen. Vor der Entlassung Comeys habe er „wegen Russland“ großen Druck verspürt, der aber sei nun gewichen, sagte Trump vor gut fünf Wochen – ausgerechnet im Gespräch mit Sergej Lawrow und Sergej Kisljak, dem Außenminister und dem US-Botschafter Russ-

lands. Trumps Umgang mit Comey erhärtet den Verdacht, dass er Ermittlungen abwürgen wollte.

Frage: Kann Trump eine Amtsenthebung aufhalten?

Antwort: Von einem Automatismus kann keine Rede sein. Möglich ist auch, dass die Juristen in Muellers Team graben und graben



Die Russland-Affäre kennt momentan zwei Protagonisten: US-Präsident Donald Trump und Sonderermittler Robert Mueller (re.).

und am Ende mit leeren Händen dastehen. Alan Dershowitz, Ex-Harvard-Professor, sieht Trump durchaus im Rahmen der Verfassung handeln: Als Dirigent der Exekutive habe er das Recht, die Einstellung von Ermittlungen anzuordnen und den FBI-Direktor abzulösen, falls jener sich der Order widersetze. Laurence Tribe, Verfassungsrechtler in Harvard, widerspricht entschieden: Es laufe eindeutig auf Justizbehinderung hinaus, wenn der Präsident seinen Einfluss geltend macht, um FBI-Ermittlungen zu stoppen.

Frage: Kann man Mueller entlassen?

Antwort: Theoretisch ja. Mueller wurde von Vize-Justizminister Rod Rosenstein ernannt und kann von ihm des Amtes enthoben werden. Politisch aber würde die Regierung Trump einen hohen Preis für einen solchen Schritt zahlen, weshalb auch konservative Senatoren davon abraten. Es gibt einen Präzedenzfall: die Entlassung des Watergate-Sonderermittlers Archibald Cox durch Richard Nixon, die als „Saturday Night Massacre“ in die Geschichte einging.

Frage: Was geschah damals?

Antwort: Was Nixon vor allem zum



test zurücktraten. Die Ernennung des texanischen Richters Leon Jaworski zum neuen Sonderermittler änderte nichts am Wesentlichen. Auch Jaworski bestand auf die Tonbänder, die schließlich zweifelsfrei bewiesen, dass Nixon persönlich die Vernebelung des Watergate-Skandals deckte.

Frage: Wie werden sich die Republikaner gegenüber Trump verhalten?

Antwort: Davon hängt alles ab. Solange Trump Rückhalt hat und die Grand Old Party den Kongress dominiert, wird er selbst ein Impeachment überstehen. Zurzeit gibt es kaum einen konservativen Politiker von Rang, der bereits auf Distanz zu ihm gehen würde – was sich aber ändern kann. Zwar eröffnet das Repräsentantenhaus das Amtsenthebungsverfahren, es endet aber nur dann mit der Absetzung, wenn der Senat mit Zweidrittelmehrheit zustimmt.

Bei Bill Clinton (Sexaffäre mit Monica Lewinsky) entschied sich das Haus am 19. Dezember 1998 mit knapper Mehrheit für eine Amtsenthebung. In der zweiten Kammer fiel das Ansinnen am 12. Februar 1999 durch: 55 der 100 Senatoren stimmten dagegen, neben 45 Demokraten auch zehn Republikaner. Angesichts des damaligen Wirtschaftsbooms war Clinton so populär, dass ihn die Amerikaner wegen der Sache mit Lewinsky nicht in die Wüste schicken wollten.

Trump's Popularität hingegen hat seit seinem Amtsantritt erheblich gelitten; nicht bei seinen treuesten Anhängern, die in ihm nach wie vor einen Rebellen im Kampf gegen das Washingtoner Establishment sehen, wohl aber bei den Wählern der Mitte.